

Mythenquai 22, 8002 Zürich  
Telefon 01 201 70 22  
Postfach 430, 8027 Zürich  
Postcheck-Konto 80 21923  
Bank: Rüd. Blass & Cie, Zürich

Zürich, 3. Januar 1979

An

- Presseagenturen
  - Tages- und Fachpresse
  - Radio und Fernsehen
- 

SOZIALPOLITIK AM WENDEPUNKT?

Zeitfragen der schweizerischen Wirtschaft und Politik Nr. 109

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Ihnen unsere neueste Publikation aus der Reihe "Zeitfragen der schweizerischen Wirtschaft und Politik" zu überreichen. Die Broschüre "Sozialpolitik am Wendepunkt?" enthält vier Referate, die am XXVII. Giessbach-Seminar vom 21.-23. Sept. 1978 des Redressement National gehalten wurden.

Wir hoffen, mit diesen aktuellen Referaten einen beachtenswerten Beitrag zur sozialpolitischen Diskussion in der Schweiz liefern zu können.

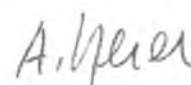
Für eine publizistische Auswertung der Publikation sind wir Ihnen sehr verbunden. Vielleicht kann Ihnen hiezu der beigelegte Kurzaufartikel dienlich sein.

Mit freundlichen Grüssen

REDRESSEMENT NATIONAL



Dr. R. Rohr



A. Meier

Beilagen:

- Zeitfragen Nr. 109
- Kurzaufartikel
- Pressemitteilung

## SOZIALPOLITIK AM WENDEPUNKT?\*

In der Reihe "Zeitfragen der schweizerischen Wirtschaft und Politik" (herausgegeben vom Redressement National, Vereinigung für Freiheit, Föderalismus und Recht) ist soeben als Heft Nr. 109 die Publikation "Sozialpolitik am Wendepunkt?" erschienen. Die Broschüre enthält vier aufschlussreiche Referate, die am XXVII. Giessbach-Seminar des Redressement National von namhaften schweizerischen Persönlichkeiten gehalten wurden.

Kann in unserer Sozialpolitik von einem Wendepunkt gesprochen werden? In seinem grundlegenden Referat über die Perspektiven der Sozialpolitik in der Schweiz vertritt Adelrich Schuler, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, die Auffassung, dass von einem Wendepunkt im Sinne einer Umkehr und Rückkehr nicht die Rede sein könne. Dabei betont A. Schuler jedoch, dass in Zukunft neue sozialpolitische Verpflichtungen durch den Staat nur eingegangen werden dürfen, wenn sie auch auf lange Sicht durchgehalten werden können. Aus volkswirtschaftlicher und liberaler Sicht tritt Nationalrat Dr. H. Letsch für einen schöpferischen Marschhalt ein, indem er auf den imposanten Leistungsausweis der sozialen Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit hinweist; für den Ausbau des Sozialstaates habe aber in wirtschaftlicher und staatspolitischer Hinsicht ein hoher Preis bezahlt werden müssen. Ein Wendepunkt sei insofern erreicht, als in Anbetracht der demographischen Veränderungen allein schon die Konsolidierung des erreichten Standes erhebliche Anstrengungen erheische. Mme. René Guisan, Mézières, weist auf die heute ausserordentlich wichtige und bedeutende Aufgabe nichtstaatlicher Sozialeinrichtungen hin. Der Gefahr, dass eine durch und durch organisierte Staatswohlfahrt die Einzelinitiative des einzelnen Individuums stark dämpfe oder gar abtöte, kommen private Hilfsorganisationen zuvor.

Vom Standpunkt eines überzeugten Liberalen aus tritt Dr. H.G. Lüchinger, Kantonalpräsident der Zürcher FDP, für eine klare programmatische Schwergewichtsverlagerung in der offiziellen schweizerischen Sozialpolitik ein, wobei jedoch die bis heute erzielte soziale Sicherheit in keiner Weise abgebaut werden dürfe. Eine selbstverantwortliche Gesellschaft müsse den immateriellen, seelisch-menschlichen Werten vermehrt Beachtung schenken, indem die menschliche Dimension und die persönliche Verantwortung des Einzelnen verstärkt in den Dienst der Sozialarbeit zu stellen sei.

---

\*Sozialpolitik am Wendepunkt? Zeitfragen Nr. 109, hrsg. vom Redressement National, Postfach 430, 8027 Zürich, Preis: Fr. 6.--

## PRESSEMITTEILUNG

### ABSTIMMUNGSPAROLEN ZUM 18. FEBRUAR

#### REDRESSEMENT NATIONAL: DREIMAL NEIN

Der Vorstand des Redressement National (Vereinigung für Freiheit, Föderalismus und Recht) hat zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 18. Februar drei Nein-Parolen herausgegeben. Zur Ablehnung empfohlen wird insbesondere die Atominitiative, die einzelnen Kantonen ein Vetorecht selbst gegen fertig erstellte Kernkraftwerke einräumen will. Abgelehnt wird auch die sogenannte Suchtmittelinitiative, die eine unannehmbare Bevormundung des Konsumenten bedeutet. Zur Verwerfung beantragt wird schliesslich die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre, und zwar vorab aus der Ueberlegung, dass eine solche Neuerung zunächst auf Gemeinde- und Kantonsebene Fuss fassen sollte; nachdem aber in den letzten Jahren in nicht weniger als zehn Kantonen entsprechende Vorstösse zurückgewiesen worden sind und selbst Umfragen bei Jugendlichen ablehnende Mehrheiten ergeben haben, ist kein Anlass vorhanden, auf Bundesebene das Stimmrechtsalter zu senken. Bei der Vorlage über die Fuss- und Wanderwege verzichtet das Redressement National auf die Ausgabe einer Parole; trotz aller Sympathie für das Anliegen einer Förderung der Fuss- und Wanderwege ist nicht zu verkennen, dass für zusätzliche gesetzliche Bestimmungen des Bundes keinerlei Notwendigkeit besteht.

(17 Zeilen)

3. Januar 1979